

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1905)
Heft: 5-6

Artikel: Recht und Gewalt
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802936>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sie erringen, gewöhnlich auch von andauernder Wirkung als das systematische Morden unserer Mitmenschen. Wir sollen nicht überschwenglich sein an einem solchen Tage. Wir sollen viel eher an unsere Brust klopfen, und statt über die Ueberlegenheit des menschlichen Geistes zu triumphieren, uns dessen grausamer Ausartungen schämen.

„Die Zeit“, Wien.

Recht und Gewalt.

Die in Russland sich abwickelnden Ereignisse geben jedermann Stoff zum Nachdenken. Ein Volk, das seit Jahrhunderten unter dem schmachvollen Despotismus seiner Regierung schmachtet, das von einer schändlich korruptierten Bureaukratie bis auf den letzten Blutstropfen ausgesogen wird, will sich friedlich seinem Herrscher nahen, um ihn demütig um Erleichterung zu bitten, wird aber durch die brutale Gewalt daran verhindert, und Bürgerblut besudelt die Strassen und Plätze.

Ob dieses das richtige Mittel ist, die gerechtfertigten Reklamationen und Bitten eines Volkes zu ersticken, statt ihnen Gehör zu schenken und im Masse der Möglichkeit zu erfüllen, ist sehr zu bezweifeln, denn Gewalt erzeugt eben Gegengewalt, tiefen Hass in den Herzen der Unterliegenden zurücklassend, Hass, der sich früher oder später wiederum Luft machen wird und muss. Das lehrt uns bereits die Weltgeschichte.

Nun bleibt hier aber etwas unbegreiflich. Die Regierungen sollen zum Schutze und Wohl ihrer Völker da sein, und es ist doch vorauszusetzen, dass deren Mitglieder (Minister, Räte etc.) einen gewissen Grad von Intelligenz besitzen. Dies scheint bei der russischen Regierung nicht der Fall zu sein; denn wie sollte sie sonst ignorieren, dass seit dem Bestehen der Welt es immer Evolutionen zum Bessern gegeben hat und noch weiter geben wird, weil das Menschenherz sich stets nach dem Bessern, nach der Vervollkommenung sehnt.

Alte Zustände vermorschen, neue Ideen treten hervor und schaffen eine neue Zukunft, andere Zustände.

Aber das wollen diese Minister, Räte, sowie andere Regierungsbeamten nicht einsehen. Anstatt ihren Völkern durch einen gesicherten Friedenszustand zum Wohlstand zu verhelfen, untergraben sie denselben absichtlich, stets am alten Zopfe festhaltend.

Es würde ja gewiss in ihren eigenen Interessen liegen, den Wünschen und Ansprüchen ihrer Völker Rechnung zu tragen und denselben entgegenzukommen, und würde viel unnützes Blutvergiessen vermieden, wenn dem so wäre; aber nein, gerade das Gegenteil geschieht, und die Regierenden betrachten ihre Untergebenen wie eine gute, nie versiegende Milchkuh, die sie bis auf den letzten Tropfen ausmelken dürfen.

Könnte man doch nur einmal den Vorhang zerreißen, der uns alle die Intrigen der sogenannten Diplomatie verhüllt, könnte man alle die geheimen Umtriebe aufdecken, von denen das Wohl, besser gesagt, das Wehe der Völker abhängt, ich glaube, man würde sich schauernd abwenden von so viel Lüge und Betrug.

Darum ist es auch unsere Pflicht, weiter zu bauen am hehren Gebäude des Weltfriedens, und unseren Kindern und Kindeskindern eine neue, bessere Zukunft zu bereiten.

Th. K.

Deutschlands Heer und Deutschlands Schule.

In einer der bedeutendsten pädagogischen Zeitschrift Deutschlands, der „Pädagogischen Warte“, erschien im 1. Dezemberheft ein Aufsatz, betitelt: „Volksschule und Heer“. Sowohl der statistischen Angaben als vielmehr noch wegen der dabei ausgesprochenen Meinungen eines deutschen Lehrers scheint mir der Aufsatz zum Teil auch hierher zu passen.

Ich bringe ihn im Auszug.

In seinem Aufsatz „Liberalismus und Bildung“ (Nation, Jahrgang 21, Nr. 14) schätzt Naumann, dass in Preussen etwa 125 Millionen Mark für eine durchgreifende Schulreform nötig wären. 125 Millionen Mark! Eine Riesensumme, wenn man sie an den sonstigen Forderungen für das Volksschulwesen misst! Aber in welchem andern Lichte erscheint die Forderung, wenn man mit Naumann davon überzeugt ist, dass Schularbeit sich volkswirtschaftlich rentiert, „dass Geld, in Schulen angelegt, die besten Zinsen trägt“. Oder man setze die Schulausgaben zu den Aufwendungen für Heer und Marine ins Verhältnis. Heute kostet die Landesverteidigung Deutschlands pro Kopf der Bevölkerung 16 Mark, die Volksschule aber, die 95 Prozent der Jugend fürs Leben vorbereitet, nur 8 Mark. Auch wenn Naumanns Forderung in die Tat umgesetzt würde, blieben die Volksschulaufwendungen noch weit hinter den Ausgaben für Heer und Marine zurück. Sie würden dann höchstens 12 Mark betragen.

Das deutsche Landheer zählt 600,000 Mann. Die deutsche Volksschule hat 9,000,000 Kinder.

Es sind also 15mal so viele Volksschulkinder als Angehörige des Landheeres.

Die 9,000,000 deutschen Schulkinder kosten 413 Millionen Mark. Die 600,000 Angehörigen des Landheeres kosten zirka das Doppelte.

Ein Soldat kostet 30mal soviel als ein Volksschulkind. Zwei Soldaten kosten soviel wie eine Schulklasse samt Lehrern.

Man kann sich ruhig Adolf Wagners Ansicht aneignen, dass die Ausgaben für das Heer die nötigen Spesen unserer Volkswirtschaft bilden, und kann trotzdem auf das Missverhältnis zwischen Heeres- und Schulausgaben hinweisen. Auch die Schulausgaben sind notwendige Spesen, deren Beschneidung sich bitter rächen muss.

In Prof. Friedrich Zahns trefflichem Aufsatz über „Deutschlands Volkswirtschaft beim Eintritt ins 20. Jahrhundert“* lesen wir: „Der für Erziehung und Bildung der Jugend gemachte Aufwand liegt ganz besonders in unserem wirtschaftlichen und sozialen Interesse. Denn zwischen Volksbildung und Volkswirtschaft bestehen enge Bande. Zweiteillos ist der Aufschwung von Gewerbe und Handel in Deutschland zu einem guten Teile auf Rechnung unserer Schulen und Hochschulen, unserer geistigen und technischen Bildung zu setzen. Ebenso bewährte sich die verbesserte Bildung zur Arbeit als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Armut, und war überhaupt die Hebung der Volkserziehung dem Ausgleich der sozialen Gegensätze wesentlich förderlich.“

Wie engherzig erscheint gegenüber solchen Zugeständnissen die Auffassung, die das Heer hoch über die Volksschule stellt. Erklärte doch selbst Graf Moltke im Jahre 1876, dass nicht die Volksschule, sondern die Armee die Schule des preussischen Volkes sei! Solche Auffassung ist auch heute noch nicht ausgestorben, am wenigsten in der konservativen Umgebung des deutschen Kaisers.

* Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Fischer, Jena, Januar 1901.